

## Rede zum Haushaltsplanentwurf 2026 der AWW Fraktion

Sehr geehrte Anwesende,

mein erster Entwurf zur Erstellung der Haushaltsrede hat lediglich 37 Sekunden gedauert. Den Haushaltsplanentwurf hochgeladen, kurz umschrieben, um was es geht und wo die Schwerpunkte zu setzen sind. Und 37 Sekunden später hatte ich meine Haushaltsrede. Lange habe ich überlegt, ob ich diese Rede nicht ungelesen und unkorrigiert heute hier vortrage. Denn die ersten 2 bis 3 Sätze lasen sich richtig gut und womöglich würde sie mehr Anklang finden als die, die ich nun vorstelle.

Warum KI? Weil KI keine Emotionen, keine Vorerfahrungen, keine Prägung in irgendeiner Weise mit dem Schriftwerk verbindet und zudem sehr wahrscheinlich besser rechnen kann als ich. Und außerdem ist die Haushaltsrede, für die ich nun doch den einen oder anderen Nachmittag und Abend gebraucht habe, heute gelesen, übermorgen in der Zeitung und danach vergessen bis auf ein paar wenige Auszüge oder vielleicht die Anträge, die im Anschluss folgen, für die es aber gar keine Rede bräuchte. Mehr wird mit Schriftwerk nicht mehr gearbeitet. Das hat meine Haushaltsrede im Übrigen mit unserem Haushaltsplanentwurf gemeinsam. Er ist kein Arbeitspapier, sondern lediglich die Zusammenfassung der vergangenen Jahre, der kurzfristigen und mittelfristigen Planung zur Darstellung des Finanz- und des Ergebnishaushalts.

Deshalb ist eine andere Darstellung als die uns vorgelegte, auch nur schwerlich möglich. Denn leider handelt es sich bei den einzelnen Positionen um eine Subsumierung verschiedenster Kostenstellen, Aufträge, Aufwendungen oder Erträge, aber ein zurückrechnen auf die einzelnen Positionen bis hinunter zur kleinsten Einheit, ist leider weder vorgesehen noch möglich. Die Software, die unserer Verwaltung (wie auch allen anderen Verwaltungen in Baden-Württemberg oder Deutschland) zur Verfügung steht, lässt das nicht zu. Denn der Software Hersteller SAP beziehungsweise unsere Verbindung dazu, die komm.one hatten bei der Softwareentwicklung nicht die Komplexität kommunaler Haushalte im Blick und auf eine Veränderung, auf die auch unsere Finanzverwaltung dringend wartet, kann aufgrund von Personalmangel nicht umgesetzt werden.

Womöglich kann KI auch hier unterstützen. Allerdings benötigt man dafür auch das Personal, das weiß, wie man sie anwendet und die Ergebnisse kontrolliert, um sicherzustellen, dass man keinem Fehler aufsitzt. Momentan entsteht nur 50 Kilometer weiter das größte KI-Zentrum Europas und wir können nur hoffen, dass deren Ergebnisse und Einfluss auf mehreren Ebenen auch bei uns ankommt. Doch bis dahin passieren weiter vermeintlich einfache Fehler. So geschehen im Kultusministerium, wo man über 20 Jahre lang die Zahl der benötigten Lehrerstellen aufgrund eines Fehlers in einer Exceltabelle falsch berechnet hat. Dass das niemandem aufgefallen ist, spricht Bände und möglicherweise wäre einer künstlichen Intelligenz, im Gegensatz zu natürlicher, Un-Intelligenz, dieser Fehler vorher aufgefallen. 1400 Lehrerstellen, die nicht besetzt waren! Inwiefern die Crailsheimer Schulen davon betroffen sind, ist mir nicht bekannt. Und runter gebrochen sind das lediglich 1,3 Stellen pro Gemeinde in Baden-Württemberg also nicht wirklich signifikant. Und doch ist es Ausdruck wie eine computergesteuerte Berechnung falsch und erst durch natürliche Intelligenz geprüft und richtiggestellt wurde. Für eine Vielzahl an Eltern, die Lehrerkollegien und vor allem die Schüler fehlt diese Lehrkraft allerdings sehr wohl! Für die in diesem Bereich stetig ansteigenden Herausforderungen durch die Nachwirkungen der Corona-Lockdown und der Migration sind es eben doch eine signifikant hohe Zahl.

Eine signifikant hohe Zahl sind ebenfalls die 44 Millionen €, die in den nächsten Jahren in den Neubau der Realschule zur Flügelaue fließen. Aus unserer Sicht gut investiertes Geld, weil mit

diesem Geld nicht nur ein Lern-, sondern auch ein Lebensort entsteht, der den heute räumlichen und pädagogischen Konzepten für Kinder und Jugendliche entspricht.

Eine ebenso signifikante Zahl sind die Personalaufwendungen, die zu rund zwei Drittel in genau diesen Bereich fließen nämlich Kleinkinder-, Kinder- und Jugendlichenbetreuung. Und doch fehlt uns das Personal, um jedem Kind einen Kindergartenplatz zu garantieren. Drei geschlossene Kindergartengruppen sind eben nicht nur eine Zahl, sondern hinter jedem Kind, das nicht betreut werden kann, steht eine Familie, die darunter leidet oder zumindest in ihrer Freiheit eingeschränkt ist. Dabei steht Crailsheim in diesem Punkt noch gut da. Das zeigt die Tatsache, dass die beiden Crailsheimer Realschulen noch Amtshilfe in Kirchberg leisten müssen, wo nur durch das Engagement der Direktoren, Konrektoren und Konrektorinnen und Schulsekretariaten ein geordneter Ablauf möglich ist.

Durch die verpflichtende Ganztagsbetreuung ab dem kommenden Schuljahr wird die Situation zusätzlich verschärft. Da das Konnexitätsprinzip bei Bundesgesetzen nicht greift, werden die Kommunen mit dieser Problematik allerdings alleine gelassen und so verschärft sich die Situation auch in unserem Landkreis erheblich. Bei genauerem Betrachten fallen 2 Dinge auf: Zum Einen gibt es Bereiche, wie beispielsweise in den Grundschulen, in denen der Deckungsgrad sehr hoch ist und bei über 90% liegt. In anderen Bereichen hingegen fallen sie deutlich geringer aus. Was aber komplett fehlt sind die Ausgaben für Investitionen, und die sind es, die uns in den nächsten Jahren belasten. Der Deckungsgrad sinkt dadurch natürlich erheblich. Wo ist an dieser Stelle unser Einfluss auf die Haushaltswahrheit und -klarheit?

Das Konnexitätsprinzip, vereinfacht ausgedrückt: wer bestellt, bezahlt!, stellt uns aber nicht nur im Bereich der Bildung vor beinahe unlösbare Aufgaben. Denn auch bei der Integration sind die Kommunen in der Pflicht, diese Aufgaben zu erfüllen, die sie nicht zu verantworten haben. Eine Pflicht, der wir gerne und umfassend nachkommen. Die Strukturen, die in diesem Bereich seitens der Verwaltung geschaffen wurden, sind an den Bedürfnissen der Betroffenen ausgerichtet und sind allerdings nur durch ein ausgeprägtes ehrenamtliches Engagement zu schaffen. An diesem Punkt geht der Dank an alle, die sich in diesem gesamtgesellschaftlichen Kontext engagieren.

Wir könnten zwar eine Verfassungsbeschwerde anstreben um eine Umsetzung des Konnexitätsprinzips zu erzwingen. Das funktioniert allerdings nur, wenn wir sämtliche Freiwilligkeitsleistungen einstellen und die finden überwiegend in Bereichen statt, die unser Leben lebenswert machen.

Ganz generell muss man die Arbeit, die im Ressort Kultur und Soziales geleistet wird, positiv hervorheben, denn häufig fehlt die Anerkennung, für das, was dort geleistet wird. Sinnbildlich dafür steht die Implementierung der Sozialplattform, die dieser Tage an den Start gegangen ist. Ein Sinnbild dafür, dass die Verwaltung in einer sich verändernden Gesellschaft Verantwortung übernimmt und diese bestmöglich auszufüllen versucht.

Zum Ressort Kultur und Soziales gehören viele Freiwilligkeitsleistungen, die die Stadt trotz der angespannten Haushaltssituation, als Verpflichtung gegenüber dem Bürger annimmt, und daher keine oder nur vertretbare Kürzungen vornimmt. Und das ist auch gut so! Denn der Erhalt und die Förderung unserer sozialen und kulturellen Einrichtungen, wie dem Archiv, der VHS, dem Kulturwochenende, dem Volksfest, dem Museum, unseren Bädern oder anderen sind die Zutaten, die das Salz in der Suppe ausmachen oder anders ausgedrückt, die einen elementaren Beitrag zu einem Leben mit hoher Qualität, also der sprichwörtlichen Lebensqualität in der Stadt darstellen. Das Gegenteil von sozial ist übrigens asozial! Weshalb wir in der Regel die Ausgaben für Soziales unterstützen!

Natürlich wäre es ein leichtes, diese Ausgaben zu reduzieren oder ganz auf sie zu verzichten, jedoch würde dadurch eine Stadtgesellschaft entstehen, in der keiner leben will. Ganz im Gegenteil.

Die so häufig beschriebenen Softfacts, die zu der viel genannten „liebens- und lebenswürdigen Stadt“ führen, sind unabdingbar für die Gewinnung von Fachkräften. Deshalb ist es so wichtig, Traditionen zu bewahren und zeitgleich progressiv neue Trends aufzunehmen und ihnen eine Chance zu geben. Exemplarisch dafür stehen die Pop-up Stores oder das kürzlich verabschiedete Innovation Lab. Ob sie ein Erfolg werden oder waren, lässt sich erst im Nachhinein feststellen. Es nicht zu probieren und auch dafür keine Gelder zur Verfügung zu stellen, wäre allerdings fatal. Zur Attraktivierung der Innenstadt gehören nicht nur der Einzelhandel, die Gastronomie und schöne Plätze, sondern eben auch das Gestalten von Leerständen, sofern es uns möglich ist. Auch hier leistet die Verwaltung nach unserem Dafürhalten eine sehr gute Arbeit.

Eine ebenso richtige wie überfällige Entscheidung war es, das Ressort Immobilienmanagement zu bilden und damit der Bedeutung in diesem Bereich gerecht zu werden. Denn es reicht nicht, Gebäude zu erstellen, sondern eine kommunale Aufgabe ist es ebenso, unser Anlagevermögen zu erhalten. Zu unserem Anlagevermögen, das aktuell etwa 386 Millionen € wert ist, gehören neben Gebäuden auch unsere Straßen, Wege und Grundstücke. Und wenn wir noch Geld zur Verfügung haben, dann sollten wir es genau dort investieren, in den Erhalt unseres Anlagevermögens.

Seit September leben in Crailsheim erstmals mehr als 37.000 Einwohner und wir gehören damit zu den wenigen Städten in Baden-Württemberg, in denen die Bevölkerung stetig zunimmt, was uns gleichzeitig zu weiteren Aufgaben führt.

Wohnungsbau in allen Facetten gehört dazu. Bei immer weniger zur Verfügung stehenden Flächen und immer steigenden Preisen ist allerdings sowohl der Neubau als auch der Erhalt eine sehr herausfordernde Aufgabe. Die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger ist es, dass wir als Verantwortliche dieser Aufgabe ungebremst nachkommen, was wiederum zu einem Anstieg der so genannten Bugwelle führt.

Deswegen ist der Ansatz im Ressort Finanzen, diesen Betrag radikal auf ein realistisches Maß für 2026 zu reduzieren richtig. Denn selbst wenn die zu erwartenden knapp 23 Millionen verbaubaren Euro geschafft werden, schieben wir immer noch etwa 46 Millionen aus den Vorjahren vor uns her. Und wieder ist es der Personalmangel, der es uns nicht möglich macht, die Maßnahmen, die teilweise schon vor Jahren beschlossen wurden, umzusetzen. Und auch wenn sich in Crailsheim in den letzten Jahren viel getan hat, so sind die Ergebnisse für die Bürgerschaft häufig nicht sichtbar – oder erlebbar, was wiederum zu Verdruss führt.

Genau genommen, weiß niemand 100-prozentig, welche beschlossenen Maßnahmen sich hinter der Bugwelle befinden und der jüngst beschlossene Interimskindergarten in Altenmünster ist Beweis dafür, dass das Geld für die Umsetzung von Maßnahmen vorhanden ist. Eine vergleichsweise teure Maßnahme allerdings mit geringem Personalaufwand umsetzbar, so dass kurzfristig davon profitiert wird. Tatsächlich sind es aber immer wieder diese Dinge, die weder in der lang- noch mittelfristigen Planung aufgetaucht sind und zu einer Verzögerung anderer Maßnahmen führen. Die Entscheidung der Verwaltungsspitze und der Ressortleiter, an deren Spitze unser neuer Kämmerer, auch in den Folgejahren, die Investitionen auf ein realistisches Maß zu senken, schmerzt zwar, führt aber zu der Haushaltswahrheit und -klarheit, zu der wir gesetzlich verpflichtet sind und die wir als AWW klar unterstützen!

Unumgänglich wird dadurch die Erstellung bzw. kontinuierliche Anpassung einer Prioritätenliste. Die Festlegung der Prioritäten, über die ebenfalls schon so lange gesprochen wird wie über die Bugwelle, ist Aufgabe und Recht, Königsrecht sagen manche, des Gemeinderats. Nur durch ein stringentes Festhalten an Prioritäten können diese auch zeiteitsprechend realisiert werden. Dies schränkt gezwungenermaßen den Handlungsspielraum für andere Maßnahmen ein.

Spätestens für das Jahr 2027, wenn sich die neue Vorgehensweise der Verwaltung eingespielt hat, beziehungsweise die ersten Erfahrungen gemacht wurden, werden wir eine Klausurtagung beantragen, in deren Rahmen sich Verwaltung und Gemeinderat ausschließlich mit der Frage beschäftigen, welche Maßnahmen in welcher Reihenfolge umgesetzt werden. Der Gemeinderat muss an dieser Stelle seiner Verantwortung gerecht werden, zwischen wünschenswertem, notwendigem und machbarem zu differenzieren. Und, im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit der Verwaltungsmitarbeiter und der sich ergebenden Synergieeffekte und Abhängigkeiten, abwägen und gemeinsam festlegen.

Bitte verstehen Sie das als unmissverständliche Bitte oder als Auftrag an die Verwaltung für das kommende Jahr, wenn notwendig sehen Sie es als Antrag.

Angesichts der hohen Investitionen im Schul- und Kindergartenneubau bleibt nicht mehr viel Spielraum. Umso wichtiger ist es, das Verfahren und die Gründe transparent und für die Bürgerschaft greifbar zu kommunizieren. Dieser Herkulesaufgabe müssen wir uns stellen, wenn wir das über Fraktionsgrenzen hinweg gesagte, wirklich ernst meinen.

In diesem Zusammenhang fallen mir die Worte des deutschen Lyriker, Silesius ein, der schon vor 350 Jahren geschrieben hat: „Mensch werde wesentlich, denn wenn die Welt vergeht, so fällt der Zufall weg, das Wesen, das besteht.“

Nun also zum Wesentlichen, den Zahlen, Daten, Fakten:

Der Haushalt ist ein Zahlenwerk, das den meisten wie „Böhmische Dörfer“ vorkommt. Keiner, der sich nicht ständig damit beschäftigt, versteht, was da alles drin steht. Deshalb muss man tiefer eintauchen in die Teilhaushalte.

Doch auch da ist nicht immer klar, wo sich welche Position versteckt. Warum zum Beispiel, werden Straßendeckensanierungen im Ergebnishaushalt gebucht, aber nur wenn es sich um weniger als 250 Quadratmeter handelt, während ganze Straßensanierungen im Finanzhaushalt, also bei den Investitionen gebucht werden?

Wenn der Bericht so kompliziert ist, dass ihn selbst eingefleischte Zahlenjongleure nur schwer verstehen, wie soll uns das dann gelingen?

Laut dem Bericht unseres Kämmerers verschulden wir uns in den nächsten Jahren erheblich. Allen machen diese 112 Mio € Angst oder zumindest ein ungutes Gefühl. Doch wie schon oben erwähnt, schaffen wir Werte! Und: wenn wir das Geld garnicht ausgeben wie geplant, ist es wieder die Bugwelle, die dafür sorgt, dass zwar vieles nicht wie geplant entsteht und gleichzeitig dafür sorgt, dass die Schuldenlast nicht in dem Maße zunimmt, wie es prognostiziert wird. Also keine Panik! Da ist sie also wieder, die Wahrheit und Klarheit, die wir in einer realisierbaren Priorisierung suchen.

In dem Haushaltsplanentwurf finden sich aber auch Dinge, die relativ klar sind und wir trotzdem nicht verstehen. So werden in etlichen Sporthallen gleichzeitig Columbus Reinigungsmaschinen zwischen 4,5 und 6,5 Tausend € benötigt. Da freut sich der Außendienstler.

Und für was brauchen wir in einer Sporthalle eine Tischkreissäge für 2.500€. Betreibt der Hausmeister nebenher eine Schreinerei (Seite 365)?

Oder die Ausgaben für 2 Ampeln in Roßfeld für 1 Millionen Euro! Da kriegen wir ja einen halben Kreisverkehr dafür. Über diese Ausgabe wird zweifelsohne zu reden sein.

Wenn man weiter blättert zur Seite 451, ist der seit Jahren besprochene Verkehrsrechner in die Planung 2027 mit 200.000€ geschoben. Die Realisierung hingegen wird erst garnicht mehr aufgenommen. Das ist zumindest ehrlich, wenn auch fragwürdig, denn vermutlich wird man diese Maßnahme auch in den nächsten Jahren, wie schon in den letzten 15 Jahren, immer weiter schieben.

Für die Radwegeanbindung am Hammersbachweg/ Ellwanger Straße, Seite 462, sind in der mittelfristigen Finanzplanung 2028 1 Mio € eingestellt. Bedeutet das, dass die Übergangslösung mit der Ampel an dieser Stelle noch 2 weitere Jahre bleibt? Wo war sie da nochmal, die Wahrheit und Klarheit?

Für 2027 ist die Beschaffung einer Kühltruhe in der Leichenhalle eingestellt, wie wir auf Seite 471 lesen können, dabei ist die Leichenhalle doch gerade erst fertig und komplett ausgestattet worden.

Interessant ist auch, dass das Verhältnis von Hoch- und Tiefbau, dargestellt auf Seite 68, beinahe 50:50 ist. Also lediglich die Hälfte der Maßnahmen werden für den Bürger sichtbar und trotzdem ist die Investition in Kanäle und unsere Leistungsfähigkeit im Abwasserbereich nicht minder wichtig. Und dann sind da ja noch die Straßendeckensanierungen kleiner 250qm.

Mit dem Beschließen des Haushalts willigen wir, wie man auf Seite 615 nachlesen kann, in Maßnahmen ein, die erst 2027 ausgabenrelevant sein könnten. Wie schon angedeutet wird es schwierig das umzusetzen, solange die Aufgaben der Prioritätenliste noch offen sind. Das ist wohl ein Ergebnis der Beschließung eines Einzelhaushalts.

Was seitens des Regierungspräsidiums durchaus kritisch gesehen wird: die Ausgaben für den Kinderbetreuungsbereich werden nur zu 20% durch die Eltern finanziert, den Rest bezahlt die Allgemeinheit. Im KIGA-Bereich haben wir eine Erhöhung der Ausgaben von fast 70% von 2024 mit knapp 11 Millionen auf über 18,5 Millionen € in 2026, wie wir auf Seite 184 erfahren! Auch das gehört zur Wahrheit.

Eine sehr interessante Aufstellung, auch in diesem Bereich finden wir auf Seite 97 und 98, den Kennzahlen des Ergebnishaushalts und darin die Personalkostenverteilung. Dort sehen wir, dass der bereits erwähnte Block für alles, was mit Kindern zu tun hat, über 33,2 Millionen EUR also rund 67% ausmacht! Der Stellenaufbau, der zu großen Teilen in diesen Bereich fällt, ist eine Investition in die Zukunft.

Doch die Personalkosten sind nicht nur in diesem Bereich relevant.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass trotz gestiegener Aufgaben, die Personenzahl im Baubetriebshof seit 6 Jahren beinahe konstant ist. Auf der anderen Seite sind in diesem Bereich die Personalkosten um 1,5 Millionen € gestiegen. Sehr verdient und notwendig, um auch hier gut ausgebildetes und motiviertes Personal zu bekommen, ohne Zweifel.

Aber während in gefühlt allen anderen Ressorts in den letzten Jahren Personal aufgebaut wurde, stagniert es hier. Was hingegen ständig steigt, sind die Überstunden der Mitarbeiter.

Sicherheitskonzept, Kindergärtenpflege, Sportplatzpflege, Auf- und Abbau und Betreuung von Festivitäten, und natürlich der Winterdienst, der nun vor der Tür steht. Zumindest wird im Baubetriebshof in eine neue Überdachung, Wege und weitere Ausrüstung investiert. Das unterstützen wir, denn auch das dient dem Erhalt unseres Anlagevermögens.

Bei Überdachung fällt mir ein: was wurde aus unserem Antrag bzgl. der Scheunen und Hallen, in denen städtisches Equipment steht, und einer möglichen Optimierung? Wahrscheinlich ist auch das der Bugwelle, der unvorhersehbaren, kapazitätsbindenden Aufgaben geschuldet, doch legt der Gemeinderat da noch die Priorität fest?

Aber zurück zum Bauhof:

Wir sind überrascht, dass seitens der Verwaltung kein Antrag auf Stellenmehrung in dem Haushaltsplanentwurf eingestellt ist. Wir sehen ein Potential von mehreren Stellen und wir erwarten im Sinne der Mitarbeitenden mehr Wahrheit und Klarheit! Einen entsprechenden Antrag der Verwaltung werden wir mehrheitlich unterstützen.

Gut investiertes Geld, aber auch Zeit, ist die nochmalige intensive Beschäftigung mit den Radwegen in der Stadt. In den letzten Jahren wurde bereits viel Geld in Radwege investiert und ob aus Beuerlbach oder Satteldorf kommt man nun gut und sicher in die Stadt. Dass die Radwegeverbindung allerdings an der Bonifatiuskirche endet, ist ein veränderbarer Zustand. Die gesamte Verkehrssituation an dieser Stelle müssen wir nochmal in Augenschein nehmen und Lösungen finden, die allen Verkehrsteilnehmern gerecht wird. Jetzt, im Rahmen des Sanierungsgebiets östliche Innenstadt, haben wir vielleicht noch die Chance dazu. Eine ebenfalls unbefriedigende Situation ergibt sich täglich an der Bahnunterführung in Altenmünster. Eine Engstelle, die aus unserer Sicht gefährlich für Radfahrende und Fußgänger ist. Wir sind gespannt auf die Lösungen, die die Verwaltung uns anbietet. Und wann.

Nochmal zurück zum Sanierungsprogramm östliche Innenstadt. Der unbefestigte Belag in der Mittelachse des Volksfestplatzes war ein Ärgernis für die Besucher. Auch diese Entscheidung muss nochmal angeschaut werden, um eine für die nächsten Jahre und Jahrzehnte praktikable und schöne Lösung zu haben.

Wie in jedem Jahr kann eine abschließende Bewertung der finanziellen Situation der Stadt erst erfolgen, wenn der Hebesatz des Landkreises beschlossen und das Ergebnis der Herbststeuerschätzung dem entgegengerechnet wurde. Wie man vermuten darf, wird der Hebesatz wie geplant steigen. Ein Ausgleich könnte dann gegebenenfalls über die Einnahmen, die sich aus der verbesserten Herbstschätzung ergeben, erzielt werden. Lassen wir uns also überraschen was da noch auf uns zukommt. Hinsichtlich der Umlagen sind wir, wie bei etwa 60% aller Ausgaben, ohne Einfluss. Dazu zählt auch der ÖPNV, der vom Landkreis gesteuert wird. Die bereits begonnenen Gespräche führen kurzfristig hoffentlich zu spürbaren Verbesserungen für das System und für unsere Bürgerinnen und Bürger.

In den letzten 12 Monaten, seit der Gemeinderat unseren Antrag zur Folgekostenberechnung abgelehnt hat, hatten wir in beinahe jeder Sitzung die Situation, dass eben diese Kosten für Staunen oder gar Entsetzen gesorgt haben. Deshalb wiederholen wir unseren Antrag. Wir betonen: es geht hier nicht um eine Cent-genaue Berechnung, sondern ein Aufzeigen der Folgen unserer Entscheidungen. In Euro oder auch in Personal. (S. Unten)

Unser einziger Antrag im klassischen Sinn ist für die Deckensanierung des Pamiersring von der Abzweigung Lerchenstraße bis zum Kreisverkehr beim Lidl und dafür 500T € vorzusehen.

Die Gegenfinanzierung für unsere Anträge, finden Sie auf Seite 36 unter der Position: „aus Zinsen und Aufwendungen, aus Krediten, die nicht realisiert wurden“. Die durch unsere Anträge gesparten Gelder sollten wie bei der Mittelumschichtung innerhalb der Ressorts auch, dem Gemeinderat für weitere Anträge im laufenden Jahr zur Verfügung stehen.

Ich möchte eine Sache hervorheben, auf die ich in meiner Rede bisher gar nicht eingegangen bin, obwohl sie in den Vorjahren eine große Rolle gespielt hat: die Zusammenarbeit, auch wenn es unterschiedliche Auffassungen, Interessen oder Meinungen zu bestimmten Themen gibt, die Zusammenarbeit zwischen uns als Fraktion, den anderen Fraktionen, der Verwaltungsspitze, den Ressortleitern, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, egal ob in den Außenstellen oder hier im Haus ist wirklich herausragend. Und dafür darf ich Ihnen danken!

Zum Abschluss danken wir allen, die an diesem Werk mitgearbeitet haben: Allen Mitarbeitern in den Ressorts und deren Leitungen, besonders denen des Ressort Finanzen und hier Herrn Zimmermann und seinen Mitarbeitern.

Und Ihnen werter Vorsitzender, gratulieren wir zur Wiederwahl und wünschen Ihnen jederzeit ein gutes Händchen und uns allen eine sich befruchtende, positive, in die Zukunft der Stadt ausgerichtete Zusammenarbeit. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die AWW-Fraktion,

Sebastian Klunker

**1. Folgekostenberechnung:**

- a. Zukünftig werden bei der Erstellung von SIVO im investiven Bereich auch die voraussichtlichen Folgekosten mit angegeben.
- b. Sachverhalt und Begründung: Folgekostenberechnung, sowohl am Material, als auch Personal! Wir benötigen Transparenz in allen unseren Entscheidungen und Prozessen. Und wenn die Verwaltung etwas vorschlägt, dann muss klar sein, was das in den nächsten Jahren bedeutet!
- c. Keine Kosten, Geschäft der laufenden Verwaltung